

Allgemeine Zeitung Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für Provinz Sachsen und Anhalt Amtsblatt der Stadt Halle und der Handelsregisterbehörde



Verlag v. Druckerei Halle, G. Strauchstr. 16/17. S. Fernruf 27431. Tel.-Adr. S. Langzeit. Geschäftsstell. Rheinischestr. 4. Ballenpferdstr. 10. Geschäftsstr. 10. G. B. 10. In Halle höherer Gewalt (Streich) besteht kein Anpruch auf Lieferung oder Rückergütung.

Monatlicher Bezugspreis mit Anfallenslieferung 1.20 RM. und 0.25 RM. Zustellgebühr, durch die Post 2.30 RM. ohne Zustellgebühr. Einzelpreis 0.15 RM. pro mm, die Post 0.20 RM. pro mm. Erfüllungsort: Halle. Postfachamt Amt Leipzig 2281A.

67. Jahrgang Halle (Saale) Donnerstag, 18. August 1932 Nummer 193

Der Reichsanzler sagt:

„Für lange Zeit im Amt!“

Bedenkame Erklärungen von Papens über Rüstungsgleichheit, koloniale Ansprüche und NSDAP.

Oesterreich verzichtet auf Anschluß.

Laufanner Vertrag angenommen.

Die Forderungen Deutschlands nach der Rüstungsgleichheit. Dies ist eine wichtige Frage, und es ging nicht an, daß Deutschland, noch weiterhin Diskriminierungen ausgesetzt ist und als eine zweifelhafte Nation behandelt würde. Deutschland habe nicht den Wunsch oder die Absicht der Wiederherstellung, aber es vermag, daß die anderen Nationen für die Rüstungsgleichheit auch wirklich streben. Der englische Ministerpräsident MacDonald habe in den Unterredungen während der Laufanner Konferenz stets volles und entschiedenes Verständnis für den deutschen Standpunkt in der Frage der Gleichheit gezeigt. Sollte man aber Deutschland das gleiche Maß der Sicherheit verweigern, so würde die deutsche Regierung die notwendigen Schritte tun, die sie vom Reichspräsidenten als Schlichter angeordnet worden seien.

In der Mittagspause des österreichischen Nationalrats wurde einige Minuten vor 15 Uhr in namenhafter Abstimmung mit 81 gegen 80 Stimmen das Laufanner Protokoll angenommen. Die Abstimmung wurde ohne Diskussion aufgenommen, nur der Berichtserichter, Abgeordneter Heine, gratulierte dem Bundeskanzler mit einem Handkuss. Für das Protokoll stimmten die Christlich-Sozialen, der Verband und sechs Mitglieder des Deutschnationalen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Großdeutschen und zwei Deutschnational-Abgeordnete. Ein Großdeutscher Antrag auf Übertragung zur Tagesordnung war vorher mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt worden. Die Sitzung des Nationalrats begann um 12 Uhr. Nach der Einlesung des Berichtserichters kam als erster Dispositionsredner der Abgeordnete Dr. Bauer (Soz.) zu Wort. Seine Partei sei durchaus nicht der Meinung, daß es für Oesterreich vorteilhaft sein müsse, wenn über die Auslegung des Wiener Protokolls in der Wälderbündel nur einstimmig entschieden könne. Er lehnte dann die vier Haupteinwendungen gegen das Protokoll kurz zusammen: Die Beeinträchtigung der ausenpolitischen Handlungsfreiheit für die Dauer von 20 Jahren, ausländische Kontrolle und Bestimmungen, die wirtschaftlich sehr gefährlich zu sein scheinen, und solche, die sozialpolitisch gefährlich zu sein scheinen. Als nächster Redner legte Abgeordneter Predinger (Nationaler Wirtschaftsbund) dar, daß auch im Lager der Regierungsparteien sich Gegner des Laufanner Vertrages befänden. Abgeordneter Dr. Burek gab eine kurze Erklärung namens der Christlich-Sozialen Partei ab, daß sie für den Antrag stünde. Die Regierung muß mit einem Anleiheermächtigungsgesetz noch einmal vor das Haus treten, das dann über die Anleihe nach Festlegung der Bedingungen sowohl für ihre Aufnahme als auch für ihre vorzeitige Rückzahlung im Jahre 1933 endgültig zu entscheiden haben wird. Politisch gesehen, bedeutet die Ratifizierung des Laufanner Protokolls, daß Oesterreich 20-30 Jahre lang auf praktische Anleihenpolitik verzichten. Die Gegenwart, die Oesterreich für diesen Verzicht erhält, entspricht sich praktisch in 40 Millionen Schilling, die nach Lösung aller Schulden aus der Laufanner Anleihe verfügbar werden: Ein Vorkriegsstand.

Der Reichsanzler ging jedoch über die Frage nach dem etwaigen Ausblick Deutschlands aus dem Völkerbund hinweg und verriet es, sich hierüber zu äußern. Er erklärte, daß die ungleiche Behandlung Deutschlands in der kolonialen Frage verschwinden müsse. Auch hier liege eine Ungerechtigkeit vor, die früher hätte beseitigt werden müssen, denn Deutschland habe die feste Absicht, Kolonien zu erwerben. Hinsichtlich der inneren Politik äußerte sich der Reichsanzler dahin, daß er nicht die Absicht habe, dem Reichstage aus dem Wege zu gehen. Er lehnte die Forderung ab, daß die Parteien, die einsehen müßten, daß keine andere Regierung die letzte erleben könne. Er gab sich der Hoffnung hin, daß er mit dem Standpunkt Erfolg haben werde. Sollte aber der Reichstag kein Vertrauen mehr abgeben über sein Wirktum, so würde die Regierung die Schritte tun, die der dann entscheidende Tag angehen ließe. Aber sie würde auch nicht die Absicht haben, die nötige Lösung entgegenzubringen. Der Reichsanzler ließ hier einfließen, daß seine Regierung noch lange Zeit im Amt bleiben werde. Dann gina der Reichsanzler noch auf seine Beziehung mit Hitler ein. Herr Hitler habe ihm gegenüber angedeutet, daß er während der letzten Monate erhebliche Schwierigkeiten mit dem unerschöpflichen Teil seiner Anhänger gehabt habe. Infolgedessen er sich nicht darauf einlassen, sich an einem Kabinett nur zu beteiligen, sondern er müsse die nötige Gewalt verlangen. Es könne also kein Zweifel bestehen, daß Hitler im Gegensatz zu dem von den Nationalsozialisten veröffentlichten Dementi die volle Macht verlangt habe. Im übrigen sprach sich der Reichsanzler freundschaftlich über die Absichten der Hitlerpartei aus. Herr Hitler habe ihm die Versicherung gegeben, daß er keine unethischen Mittel anwenden werde, nicht er, der Kanzler habe seinen Grund, ihm nicht zu glauben. Eine Gefahr von Seiten der Hitlerpartei bestehe also nicht. Die Regierung habe jedoch auf dem Standpunkt, daß Österreich frei, seine allgemeine Neutralität seinen ihr Ansehen und allen ihre Autorität unterdrücken, nötigenfalls unter Anwendung von Waffengewalt.

Um den Umbau der Reichswehr.

Verhandlungen indirekt zugegeben.

Von einer amerikanischen Agentur und dann auch von der französischen Presse sind Meldungen verbreitet worden, wonach deutsch-französische Verhandlungen über den Umbau der Reichswehr in dem in der Rundfunkrede des Reichswehrministers von Schlieffner angegebenen Sinne unmittelbar bevorstünden. Gegenüber diesen Gerüchten verteilte die Pariser Havas ein als Berlin verbreitetes Dementi, zu dem nur soviel gesagt werden kann, daß die Erklärung der politischen Lage in Deutschland insofern mit solchen ausenpolitischen Verhandlungen nichts zu tun haben würde, als es sich bezüglich der Probleme der Abrüstungskonferenz in Deutschland kaum um zweierlei Meinungen handelt. Zur Sache selbst kann gesagt werden, daß die schon in Genf während der Abrüstungskonferenz angenommenen Pläne auch nach der Vertagung der Konferenz nicht abgelehnt sind, wenn auch die diplomatische Fühlungnahme in den letzten Sommermonaten etwas loderer gewesen sein mag. Wenn auch kein Zweifel darüber besteht, daß die Reichsregierung über kurz oder lang eine grundsätzliche Änderung des Artikels 15 des Verlaufs der Abrüstungskonferenz in der Richtung der fähigen derartige Verhandlungen nur dann Wert haben, wenn die politische Lage in Deutschland sich einigermaßen geläutert habe, d. h. frühestens nach dem Zusammentritt des Reichstages.

Wählen wieder herzustellen. Die französische Delegation würde gegenüber dieser Delegation vollkommen klar und eindeutig sein. Zwischen der Frage der Kriegsschulden und der Abrüstung dürfe nicht der geringste Zusammenhang bestehen. Die französische Abrüstungsgesellschaft sei bekannt und ohne neue formelle Garantien sei keine Änderung dieser Haltung unzulässig. Wenn Deutschland tatsächlich Verhandlungen suche, dann beste das erwünschte Gelegenheit zur Aufklärung der Vertragsabklärung durch das Reich. Derzeit beste genügend Material in seinen Akten. Wenn die Deutschen an ihn herantraten, würden sie sich davon überzeugen müssen, daß die französische Delegation, von der Herrit in Genf gesprochen habe, kein leeres Wort sei.

Regierung gegen falsche Behauptungen.

Gegenüber dem nationalsozialistischen Dementi, wonach die NSDAP kein Ziel der Abrüstungskonferenz anerkenne, hat die Reichsregierung von Papen geantwortet und nicht die Überlegenheit der gesamten Macht an Hitler gefordert habe, hält die Reichsregierung die von ihr gegebene Darstellung der Verhältnisse in allen Einzelheiten aufrecht. Man weiß im übrigen an ausführender Stelle darauf hin, daß wenn von Seiten der NSDAP drei Tage nach den Ereignissen ein derartiges Dementi erfolge, an der Art der Darstellung der Abgeordneten Gumbels im „Anwalt“, dem NS-Befehl des Grafen Helldorff und anderen nationalsozialistischen Verlautbarungen die Darstellung der Reichsregierung über die Vorbereitungen der NSDAP, nur unterirdisch zu sein. In einem Artikel des „Völkischen Beobachters“ unter der Überschrift „Wie es kam“ wird erklärt, die Behauptung, daß der Unterredung Hindenburg-Hitler nur noch formale Bedeutung besäße, bekäme und alles bereits entschieden sei, finge sich offenbar auf eine Privatmeldung eines Reichsbediensteten. Die Behauptung, daß der Reichsanzler noch vor der Unterredung Hindenburg-Hitler die Angelegenheit als abgeschlossen betrachtet habe, sei danach falsch.

Frankösischer Sorgen und Drohungen.

Im Pariser „Journal“ beschäftigt sich Et. Rice mit der angeblichen Absicht der Reichsregierung, demnach direkte Verhandlungen mit Frankreich über die Gleichberechtigung auszuführen. Damit den Bestimmungen des Versailles-Vertrages habe sich Deutschland ein glänzendes Namenrecht schaffen können, das es jetzt ausbauen wolle. Die führenden Persönlichkeiten seien schon genug, nicht sofort eine Gleichheit der Vereinstärke, sondern die Gleichheit der Rechte zu fordern. Amerika begünstige diese Forderungen und der ganze Plan des Präsidenten Hoover beruhe augenblicklich auf dem Gedanken, das Gleichgewicht zwischen Deutschland und den anderen europäischen

Parlamentarische Lösung in Preußen?

Aus Preußen kommt die überraschende Kunde, daß die Nationalsozialisten nunmehr ihrerseits die Anregung des Zentrums auf Einleitung von Koalitionsverhandlungen zwecks Bildung einer versöhnlichen Regierung auszuführen beabsichtigen haben. Sie gemeint wird, haben die Nationalsozialisten an das Zentrum die Anregung zu Verhandlungen dieser Art ergehen lassen, und zwar mit der Maßgabe, daß die Nationalsozialisten daran nicht beteiligt werden sollen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Verhandlungen nunmehr zustande kommen. Ueber ihrer Enderlöse läßt sich natürlich im Augenblick noch nichts sagen. Aber wir möchten meinen, daß beide Teile, wenn sich von verschiedenen politischen Gesichtspunkten aus, ein erhebliches Interesse an dem Tag legen werden, eine Einigung herbeizuführen. Schon jetzt läßt das Zentrum durchblicken, daß es durchaus nicht mehr so abgeneigt wie früher ist, die Nationalsozialisten bei einer solchen Regierungsbildung entsprechend ihrer Stärke voll zur Wirksamkeit gelangen zu lassen und ihnen auch den Posten des Ministerpräsidenten auszubieten. Selbstverständlich ist im Augenblick in der Presse des Zentrums und der Linken noch sehr viel die Rede von den berühmten „Garantien“, die bei solchen Gelegenheiten gerade beim Zentrum eine hervorstechende Rolle spielen. Wenn aber allgemein politische Freundschaft gegen die überparteiliche Regierung von Papen zwei Fraktionen des Preussischen Landtages an den Verhandlungen teilnimmt, dann könnte man sich wohl denken, daß das politische Objekt, welches die Verhandlungen des verhassten Kabinetts, alle arbeitsfähige Erwägungen übersteht. Für das Zentrum ist natürlich der Selbstanspruch maßgebend, daß jedes Mittel angegriffen werden muß, um die Nationalsozialisten in die parlamentarisch-politische Verantwortung hineinzubringen und zu demobilisieren. Im Untergrund stehen die Sozialdemokraten aktiver und bereit, mit dem Reich die Nationalsozialisten im Reichstage und im Preussischen Landtag auf's Genaueste zu führen. Bei den Nationalsozialisten ist selbstverständlich der Wunsch vorhanden, auf diesem Wege wenigstens in Preußen zur Macht zu gelangen und die Segenheit der Regierung gegen das Kabinett nutzbar zu machen, um von der preussischen Hand über den Reichstag die Stellung der Reichsregierung aufzurufen.

Wenn man diese Erwägungen vom Standpunkt der Staatspolitik aus betrachtet, dann muß man sie als eine vieldenkbare Gefahr für Deutschland bezeichnen. Zu den positiven Leistungen der Regierung von Papen gehört vor allem die a u r u n d f ä h i g e L e i s t u n g im Reich und in Preußen, die durch die Einsetzung des Reichsanzlers zum Reichskommissar für Preußen und durch die organische Verbindung der beiden großen Regierungszentralen in Berlin weitgehend einseitig gefördert worden ist. Wenn es nun dahin käme, daß sich in Preußen wiederum eine parteipolitisch bedingte Regierung installiert, die unzulässig aus politischen und auch aus reformistischen Gründen sofort in einen förmlichen Gegensatz zur Reichsregierung treten würde, dann wäre es mit der notwendigen Reichsreform für absehbare Zeit aus. Denn solche Gelegenheiten, wie sie die Notwendigkeit der Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen bieten, treten so häufig nicht wieder. Das alte Elend würde in vielfach noch schärferer Form wieder da sein, und die Reichsregierung würde vor dem Scheitern ihres gesamten politischen Planes.

Preussischer Landtag am 25. August?

Wie die Telegramm-Union von nationalsozialistischer Seite hört, wird Präsident Ebert die nächste Sitzung des Preussischen Landtages auf Donnerstag, den 25. August, abberufen. Eine ähnliche Entscheidung dieser Art ist nach noch nicht zu erwarten. Im Ausblick genommen ist eine mehrtägige Tagung, in der die Anträge behandelt werden sollen, die inwieweit von den Fraktionen einbezogen sind. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Einsetzung des Reichsanzlers in Preußen und um die Anträge auf Aufhebung der verschiedenen Notverordnungen. Natürlich werden auch die Zwischenfälle bei den Reichstagen, Schließen und anderen

In Sachen des Konflikts Reich - alte Preußenregierung hat das Reichsgericht gestern eine Reihe Klagen an die abgelehnte Preußenregierung verworfen. Wie nun in wohlformierten politischen Kreisen ankommt, ist der Verhandlungsminister vor dem Staatsgerichtshof nicht vor Mitte oder Ende September. Wie dahin ist aber die Reorganisation Preußens im Sinne der Reichsgesetze längst abgeschlossen.

Zustellern besprochen werden, so daß mit einer lebhaften Auseinandersetzung zu rechnen ist. Ob die Wahl des Ministerpräsidenten schon auf die Tagesordnung der nächsten Landtagung kommen wird, ist noch ganz zweifelhaft.

Frankzösische Bemühungen um eine Einheitsfront gegen Amerika.

Die "Liberté", die in letzter Zeit einen ziemlich scharfen Ton gegenüber Amerika ausläßt und vor den Mitgliedern der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit den bevorstehenden Doppelvertragsverhandlungen warnt, beschäftigt sich am Mittwoch mit der Erklärung eines hohen Washingtoner Staatsbeamten, daß Amerika am 15. Dezember die Zahlung der fälligen französischen Schuldentante erzwinge. Da das Moratorium nicht verlängert werden müßte, die Schuldentante zu dem genannten Zeitpunkt 6,7 Milliarden Franken an die Vereinigten Staaten abführen. In Washington läßt man ferner durchblicken, daß vorläufig von keiner Seite eine Fortsetzung der Verhandlung gestellt worden ist, und daß die Regierung eine solche Forderung gegebenenfalls ablehnen würde.

Präsident Hoover, so betont die "Liberté", scheint das Ergebnis der Zusammenkunft in London überhaupt nicht zu beachten und bezieht auf seinen Anspruch. Wenn die in Lausanne protokollierte Gemeinschaft der Interessen nicht nur dazu dienen sollte, die Öffentlichkeit zu täuschen, so ist jetzt der Zeitpunkt zu einer gemeinsamen Aktion der interessierten Staaten gekommen. Das Genèven Agreement scheint sich auf das Verhältnis gegenüber Amerika nicht zu beziehen. England, dessen Währung noch nicht stabilisiert ist, und Frankreich, das seine Finanzen nicht aus dem Wirtschaftskrisen lassen will, hätten die Pflicht, der unangenehm amerikanischen Forderung Widerstand entgegenzusetzen.

England gibt Juden eine neue Verfassung.

Nach dem ergebnislosen Verlauf der Konferenz Rund-Tisch-Konferenz hat die englische Regierung jetzt Juden eine Verfassung diktiert, die zunächst für 20 Jahre gelten soll. Den verschiedenen Religionsbekenntnissen, unter denen Anhänger dieser Feinde Einigung zu finden kam, werden entsprechend ihrer Stärke die in den Provinz-Parlamenten angewiesen.

Nicht weniger als 87 Sitze sind weißlichen Abgeordneten vorbehalten.

Unstimmigkeiten auf der britischen Reichskonferenz.

In einer Sitzung aller Abordnungen der britischen Reichskonferenz in Ottawa wird am Sonntag beschlossen, die Zusammenkunft am Donnerstag zu verschieben. Man hofft, daß es in der Zwischenzeit möglich sein wird, die zur Erörterung stehenden Fragen einer Lösung entgegenzuführen. Der "Empire of Britain" hat seine Mitarbeiter am Sonntag verlassen. Die meisten englischen Minister und sonstigen Mitglieder der englischen Abordnung werden auf ihm die Heimreise antreten.

Die Entscheidung, die Konferenz um zwei Arbeitstage zu verlängern, ist durch die Schwierigkeiten notwendig geworden, die sich bei der Erörterung der Einfluß kanadischen Solas und australischen Zinnsilberes nach England ergeben haben. In Ottawa umlaufenden Gerüchten zufolge, heißt der englische Ministerpräsident MacDonald den kanadischen Führern nach einer Kontrolle der russischen Einflüsse nach England vorläufig noch abzuweichen geneigter. Die neuerliche Hartnäckigkeit des kanadischen Ministerpräsidenten Bennett in der Frage der russischen Einflüsse wird in den englischen Konferenzzirkeln als recht unangenehm empfunden. Unbestätigte Gerüchten zufolge hat der englische Ministerpräsident gegenüber abgelehnt, daß er die Verantwortung auf sich zu nehmen habe, falls bis zum Sonnabend mittig keine endgültige Einigung erzielt werde, da sie auf keinen Fall für eine weitere Verschiebung der Reichskonferenz zu haben seien.

Die Japanisierung der Mandschurei.

Wie vom japanischen Außenministerium mitgeteilt wird, heißt der Entwurf zum Hauptvertrag mit der mandschurischen Regierung folgende Punkte vor:

1. Die mandschurische Regierung behält alle japanischen Rechte und Interessen, die von früheren Regierungen in der Mandschurei erworben wurden.
2. Die mandschurische Regierung übernimmt alle internationalen Rechte und Pflichten, die die ehemalige Mandschurische Regierung bezuglich der Mandschurei übererbt haben.
3. Die chinesischen Eliten befinden sich in der Mandschurei geben in der Verwaltung der südmandschurischen Eisenbahn über.
4. Japan werden Vorkaufsrechte bezüglich der Verstaatlichung von Kapital einräumen.
5. Japan wird die Kontrolle der gesamten Verwaltung der Mandschurei in der ganzen Mandschurei gewährt.
6. Die Verwaltung der Polizei und des kaiserlichen Schutzes werden Japan anvertraut.
7. Die mandschurische Regierung verpflichtet sich, die Stellen der japanischen Mitarbeiter in die entsprechenden mandschurischen Regierungsorganen zu garantieren.

Sozialdemokratischer Stadtrat in Ohlau schloß zwischen die SA.

Zu Beginn des 3. Verhandlungsablaufs im Ohlauer Saal legte der Reichsleiter, Reichsanwalt Dr. Braun, gegen die Verankerung in einem Teil der Presse Protest ein. Es wurde dann die Jugendvereinbarung fortgesetzt und dabei zunächst ausschließlich SA- und SA-Mitglieder vornehmlich, die an jenem Sonntag an dem Sportfest in Bräun teilgenommen haben. Ein Breslauer SA-Führer erklärt, daß trotz des Einflusses eines SA-Mitglieds, die SA überfallen und niederschlagen werden. Er selbst sei durch mehrere Schläge und zwei Messerhiebe verletzt worden. Ein Junge erklärt, daß die Lage in Ohlau so bedrohlich gewesen sei, daß er selbst, nachdem er von seinen Kameraden abgedrängt worden wäre, das Breslauer Polizeipräsidium angeklagt und um Entlassung von Dille nach Ohlau gebeten habe. Seinem Wunsche sei jedoch nicht entsprochen worden.

Kurz vor der Mittagspause wurden auch bereits durch die SA-Mitglieder nicht nur im öffentlichen, sondern auch in der Wohnung einiger Angehöriger, die über deren Aufenthalt während der Zusammenkunft berichtet hatten. Die meisten befanden sich, daß sie am Abend mit den in Frage kommenden SA-Mitgliedern zusammengekommen seien, jedoch handelt es sich in den meisten Fällen um andere Zeiten. Da das Gericht den Eindruck hatte, daß die Aussagen einiger Reichsbannerleiter im Widerspruch zu den tatsächlichen Umständen stünden, andererseits gegen die Zeugen aus der Verdacht der Leinheitspflicht besteht, blieben sie unverurteilt.

Sehr eingehend beschäftigte sich das Gericht mit der Klärung der Rolle des sozialdemokratischen Stadtrats Ohlau, der bekanntlich in der Nähe der Polizeidirektion

auf vertriebene SA- und SA-Leute aus einer Wölfe hat bis heute noch abgehoben. Während die polizeiliche Ermittlungsergebnisse ergeben hatte, daß Manche an der Polizeidirektion mit einem Dausen von etwa 20 Reichsbannerleuten vorbeigekommen ist, heißt der Reichsanwalt, daß sich an dem Sonntag eine Versammlung der SA-Mitglieder abgehalten habe, die sich in der Versammlungsbühne abgehalten hat, daß Manche allein den Saalraum einlangelassen wurde. Einige SA-Leute gaben an, daß sie bemerkt hätten, den Mänteln den Weg abzuweichen, da sie feststellten, daß Manche auf SA-Leute geschossen hatte.

Eine eingehende Schilderung von den blutigen Ereignissen an der Ohlauerbrücke gibt der SA-Mann, Kämpfer, der leben mußte, von der SA-Mann Konitzsch von Reichsbannerleuten mit Kanulatten niederschlagen wurde. Er selbst verlor zweimal seinem Kameraden aus Dille zu kommen, wurde aber ebenfalls von der Heermacht niederschlagen, um als er nunmehr mühsam die Straße ergreift, wurden hinter ihm einige Schüsse abgefeuert, von denen sich einer in der rechten Oberbrücke traf. Einige noch eingehender Schilderung von dem Verbrechen, das die Breslauer SA-Mitglieder während der Ohlauer SA, Anton. Seine Aussagen werden durch die Verbindungen eines Ohlauer Polizeibeamten ergänzt. Zwei Frauen befanden sich einigend und befragt, daß sie die beiden Angeklagten Durnd und Blech erkannt haben, wie die auf SA-Leute mit Latzen einwirkten. Auch der Generalsekretär Striffl und zwei andere Angeklagte wurden von ihnen erkannt, jedoch habe man, um dies nicht zu tun, sich auf der Schänke beteiligt. Trotz des Einflusses der Angeklagten bleiben die Zeugen bei ihren Aussagen. Kurz vor Schluß der Sitzung bricht eine der angeklagten Frauen infolge Schmachts zusammen.

Landgemeinden fordern zinslose Kreditkündigung

Jhr Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Der Präsident des deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden Dr. Dr. Gercke, Priesel, hatte zu Mittwoch zu einem Pressedebatte in Berlin im Hause der deutschen Presse eingeladen auf dem das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden erläutert wurden.

In der Zeitungen mit ausführlicher Begründung, herausgegeben vom Verband der preussischen Landgemeinden zusammengefaßt sind, geben von folgenden Erwägungen aus: Die Arbeitskraft des deutschen Volkes ist auf fastes Mittel zur Lösung der Wirtschaft gelitten. Die Arbeitskraft kann heute bei rund 6 Millionen Erwerbslosen nicht annähernd genutzt werden, obwohl genügend volkswirtschaftlich wichtige Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung stehen. Diese volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten müssen unter Einwirkung der Privatwirtschaft zu vollem Lohn von der öffentlichen Hand durchgeführt werden. Dadurch ergibt sich eine starke Verknüpfung der Wirtschaft und letzten Endes der Steuerkraft. Schwierigkeiten bereitet bisher am härtesten die Frage der Finanzierung. Kredite aus dem Ausland können wir nicht mehr erhalten. Die wären auch für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll. Die Finanzierung eines wirklich umfassen Arbeitsbeschaffungsprogramms auf dem aus Reichsbankkrediten vorzuziehenden Wege der Disposition von relativ schnell rührenden Wecheln wäre unangünstig für die deutsche Wirtschaft vornehmlich. Die Aufnahme von Anleihen im Inlande wäre nach der bisherigen Praxis nur möglich, wenn dafür hohe untragbare Zinsen gezahlt würden. Es dürfte ebenso wie die Beschaffung der Mittel durch Prämienanleihen nur nur zu einem unangünstigen finanziellen Ergebnis führen. Infolgedessen muß ein neuer Weg beschritten werden, und zwar die zinslose Kreditkündigung der öffentlichen Hand - bei den öffentlichen Kreditinstituten, die ihre Deckung wie die Anleihen der öffentlichen Hand bisher in der Steuerkraft der Bevölkerung findet. Selbstverständlich müßte die Kreditkündigung von einer zentralen Stelle am besten von einem einsatz mit großen Vorkenntnissen und der Beachtung der für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm notwendigen Gesichtspunkte. Wenn man den barackolieren Verkehr befreit und zu seiner Förderung auch das Schwedisch verfährt, dann wird zur Finanzierung aus eines großen Arbeitsbeschaffungsprogramm 3. relativ nur geringe Mengen von Geldmitteln nötig, die die Reichsbank ohne tragende Gefährdung der Währung zur Verfügung stellen könnte. Das Reich hat in die Maßnahme, noch für 20 Millionen Mark, Silbermünzen abzugeben zu lassen, die die Reichsbank befreit, bis zu 20 Mark je Einwohner auszugeben. Außerdem hat die Reichsbank gegenwärtig für 100 bis 250 Millionen Mark Währungen an Baner, da durch die fehlenden Reichsbankkrediten die Wirtschaftliche Währungs nicht mehr aufgenommen werden können.

Die Reichsregierung sei, so schloß Dr. Ge-

refe, bereits seit längerer Zeit ebenso wie ihre Vorgängerin mit der Ausarbeitung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt. Das sie im einzelnen an bekannten Vorschlägen habe, könne ohne weiteres organisch in den weiterreichenden Plan der Landgemeinden eingearbeitet werden. Nicht geht es um die Durchführung der Arbeit, sondern wegen des Widerstandes der Reichsbank die Finanzierungsfrage.

NSDAP. für Arbeitsbeschaffungsplan.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindetages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden ist vorher mit den Organisationen der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und mit Vertretern der Berufsverbände der verschiedenen Richtungen besprochen worden. Am nächsten an die Ausführungen des Präsidenten Dr. Gercke nahm Stornemann von der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP. das Wort zu einer kurzen Erklärung, in der er sein volles Einverständnis mit dieser Art der Selbsthilfe der untersten deutschen Verwaltungsorgane ausdrückt und dem vorgelegten Arbeitsbeschaffungsplan den vollsten Erfolg wünscht.

Arbeitsbeschaffungsprogramm vor dem Wähltag.

Wir setzen vor der Veröffentlichung des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung. In diesen Tagen finden die letzten Beratungen darüber statt. Ein wesentliches Ziel des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist die völlige Umstellung der jetzigen Arbeitsbeschaffungsrichtung. Morgen empfangt der Kanzler die Gewerkschaften, um ihnen Mitteilungen über die geplanten Maßnahmen zu machen.

Nach der "D.N." verlautet, daß die neue Ausgabe zwischen dem Reichsanwalt von Vopen und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luder noch nicht zu einer Verständigung über die Schwierigkeiten für die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms gelangt ist. Die Verhandlungen werden deshalb fortgesetzt.

Im Reichsministerium fällt auch am Sonnabend die Schlussentscheidung über den freiwilligen Arbeitsdienst. Die neuen Vorläufe legen die Eventualstellung von 1 Million Arbeitslosor vor, jedoch nicht auf einmal.

Aus einer amtlichen Mitteilung ist zu entnehmen, daß der SA-Mann Kämpfer, der vor der Nacht zum 28. Juli in Eisenhof bei Lauden erschossen wurde, bei einem Zusammenstoß von zwei SA-Truppen gewesen sein soll. Kämpfer wurde von einem SA-Mann niederschlagen und ihm dann eine Wölfe abgenommen, aus der wahrscheinlich der tödliche Schuß auf ihn abgegangen worden ist. Es soll bekannt gewesen sein, daß der Täter nicht der NSDAP. angehört hätte, sondern lediglich noch kommunistischer Spiel gewesen sei.

In der Sitzung des preussischen Staatsministeriums am Dienstag sind weitere einschneidende Personalveränderungen beschlossen worden. Die Veröffentlichung erfolgt in diesen Tagen.

Gegen Deutschlands Demütigungen.

Zu den verwerplichen psychologischen Wirtungen der internationalen politischen Lage Deutschlands führte auf der Gener Tagung des Deutschen Rates für praktische Christenheit der Protestanten und Katholiken Evangelischen Kirchengemeinschaft, D. Dr. Kappeler (Berlin), aus, daß es das deutsche Volk und die deutschen Städte und Bergwerke den Deutschen danken, daß sie für diese Lage Deutschlands in den höchsten Kreisen des Auslandes wachendes Verhältnis setzt. Er erinnerte dabei an die Kundgebungen einzelner Kirchen und hoher kirchlicher Würdenträger des Auslandes zur Kriegserklärung und fuhr vorläufig fort.

Aber an dem gegenwärtigen Stand der Dinge haben diese überaus dankenswerten Kundgebungen nichts ändern können. Das deutsche Volk empfindet es je länger desto mehr als unerträglich, daß noch heute, 14 Jahre nach dem Ende des Weltkrieges, die gegen Deutschland erhobenen Diskriminationen aufrechterhalten werden und Deutschland unter die demütigenden Bedingungen entsetzender Sondernormen gestellt ist.

Kommunisten bauen Unterführung.

In den ersten Morgenstunden des Mittwoch wurde in einem in der Hauptstraße von Kommunisten bewohnten Stadteilchen von Piuswiese über die Straße ein Holzgerüst errichtet, die von Erfolg getrieben war. Unter einer Miltärgeschichte, ein Pflanz, ein großes und ein weißes oder ein wurden auch große Mengen Militärrüstungen, Pakete mit Waffengeräten und ferner Handgranaten und zwei kleine aerische Bomben gefunden.

Die Polizei erstreckte sich in der Hauptstraße auf den Holzgerüst zwischen dem Arbeiterweg und dem Kirchhofsweg. Es wurde von heiligen Polizei und Landjägerdiensten durchgeführt. Dabei erbeutete man auch eine gebaute Unterführung unter der Hauptstraße, die von der Straße in die Hauptstraße führt. Unter den beschlagnahmten Gegenständen, u. a. eine Anzettel mit Bleienden, Sparschatk-Becken und die polizeiliche Ermittlungen in dem umliegenden Bereich von Gamsberg und Piuswiese darunter an.

Neue Aufschläge.

Vorläufige Nacht kurz nach 12 Uhr wurden die Bewohner des Dorfes Traß-Gastlo von der Gattung durch eine starke Explosion erschreckt. Die Explosion erfolgte in einem kleinen Interner wurde ein Eisenblech aus der jüdischen Landarbeiter-Zielung G. m. b. H. in die Luft gesprengt. Das Haus, das noch nicht bebaut war, wurde dem Erdboden gleichgemacht.

Wettern morgen gegen 3 Uhr wurde auf das abwärts der Stadt Zandberg an der Ostseite gelegene Haus des Rentners Alfred Mannheim ein Sprengstoffanlagengeschäft. Der Sprengstoff wurde ausgenutzt, um den im oberen Stockwerk wohnenden Landgerichtsrat Dr. Wilhelm Salinger, der wiederholt die Vorsitz in politischen Prozessen geführt hat. Der Sprengstoff wurde ausnehmend aus einem Fahrzeug projiziert und fiel dicht vor dem Hause nieder. Bei der Explosion wurden Personen nicht verletzt, doch wurden durch den starken Aufbruch sämtliche Scheiben des Hauses und auch die der Nachbargrundstücke zerruttet.

Classischer Diplomat und Ehren doktor!

Wie eine Königsberger Zeitung erfährt, soll der Vertreter Litauens bei dem Göttinger Schiedsgericht, der litauische Diplomat, der jetzt für seine Verdienste in ganz Litauen glorifiziert wird, zum Ehren doktor der juristischen Fakultät der Königsberger Universität ernannt worden sein. Der Ehrentitel wurde ihm in dem Augenblick, in dem man sich nicht nur in Litauen, sondern auch in internationalen Kreisen darüber wunderte, daß ein Litauer ein Mitglied des Schiedsgerichtes nicht nachgefragt wird.

Man fragt in Rom nach dem Verbleib größerer Geldsummen, die eine Anzahl litauischer Konsulen in Deutschland im Lauf der Jahre Herrn Schiedsgericht überlassen haben, damit er sie möglichst ausgeben würde. Es ist bekannt, daß bei der Ernennung führenden Kaufleute zu Konsulen zuvörderst die Wohlhabendsten sind, von verschiedenen litauischen Konsulen zu Unterhaltungsleistungen für Studenten, für kulturelle Vereinigungen oder für andere wohltätige Zwecke größere Summen - man spricht von 100 bis 200 Millionen Lit - an den Ort übergeben worden. Aber deren Einzahlung der Gelante seiner Regierung keine Mitteilung gemacht haben soll.

Reichsminister v. Hindenburg hat gemäß Aufnähme eines bisherigen Leiters der Pressestelle des Reichswehrministeriums, Major Marsch, zum Leiter der Pressestelle der Reichsregierung ernannt.

Die in Rom erscheinende Zeitung "Storia" meldet, daß für 24 neue Luftschiffe Auftrag von der Landesvertriebung erteilt worden ist. Die Luftschiffe sind ausschließlich an italienische Firmen bestellt.

Die "Abrechnung" feiert auch in dem kleinen Belgien triumphieren. Die den Kammern angelegene Regierungsvorlage sieht die jährliche Mehraufhebung von 2000 Mark, die den neu gebildeten Grenzforts-Portionen angelegt werden sollen.

Das
Salma
men,
die
am
mar
Inter
1928
Salma
Reich
nach
schloß
vorgel
1928
Schul
feiner
verur
die
Straf

100 Jahre Eisenbahn.

100 Jahre Eisenbahn. Die erste Eisenbahn in Preußen wurde am 26. Oktober 1825 auf der Strecke Berlin - Potsdam eröffnet.

Die erste Eisenbahn in Preußen wurde am 26. Oktober 1825 auf der Strecke Berlin - Potsdam eröffnet.

Eine Viertelmillion Mark nach England verschoben.

Desau. Das Schöffengericht verurteilte den Fabrikbesitzer Robert Drotzen aus Zerbst, der gemeinsam mit seiner Frau Ravinia, einer geborenen Engländerin, insgesamt eine Viertelmillion Mark nach England und der Schweiz verschoben hat.

Ein Betrüger schädigt die Reichsbank.

Gotha. Die Polizeidirektion Gotha mittelst, die am Dienstagmittag hier ein Betrüger ausgetrieben wurde.

Ammerdorfer-Becken. (Evangelische Freie Schulpflege.)

Ammerdorfer-Becken. In der am besten besuchten Badeanstalt wurde der Freizeitschwimmer ein fieses Verbrechen bei ihrem Dienst am Nächsten sein.

Ammerdorfer-Becken. (Kinder Gottesdienst.)

Ammerdorfer-Becken. (Kinder Gottesdienst.) Hier konnte nach einer aufregenden Jagd ein Beiber festgestellt werden.

Zeitenrohe. (Cabalentfaltung.)

Zeitenrohe. (Cabalentfaltung.) Hier konnte nach einer aufregenden Jagd ein Beiber festgestellt werden.

SPIONE VOM BALKAN SCHLEICHWEGE DER GEMEINDIPLOMATIE

(10 Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Es ist nicht schön, Herr Doktor,“ sagte er, „dass man den Vorfall bereits hat aber noch fraglich ist, aber könnt man nicht die Sache ermöglichen, dass das Frauentzimmer, was doch eine gefährliche Komplikation des Bauners ist, auch verfallen wird?“

Dann griff er nach einem Notizbuch und machte sich nach den Angaben Draaga-Draghans die nötigen Notizen.

Der Mittelmeister und der Konjunkt verließen die Kanzlei in weiser Differenz Stimmung, als sie vor knapp einer halben Stunde dieselbe betreten hatten.

Eine halbe Stunde später saßen Konjunkt Weinberg und Mittelmeister Draaga-Draghans von neuem Zug in seinem Arbeitszimmer gegenüber.

„Die Sippen von Zug spielte ein helles Rädeln, als er seine Blinder häufig zum Eigen anforderte. Dann nahm er ein Telegrammformular zum Schreibebleib auf.“

Der Mittelmeister konnte keine Spannung nicht zurückhalten.

„Das Telegramm soll eingelaufen,“ rief er. „Gott sei Dank!“

„Interessiert Sie dessen Inhalt?“ meinte Zug und sah den Mittelmeister fragend an.

„Aber natürlich, Herr Doktor! Ich bitte darum.“

„Gleich griff er nach dem viereckigen Stück Papier, das ihm Dr. Zug über den Schreibtisch hinweg reichte.“

Während des Lesens wurden seine Züge aber immer länger. Er sah sich mit der rechten Hand über den bleiche Gesicht und sah Zug mit einem tiefen Blick an.

„Aber, Herr Doktor!“ stammelte er. „Was - bedeutet - das?“

Der Konjunkt nahm das Telegramm aus Draaga-Draghans Hand und las den Inhalt laut vor.

„Ich bin nicht der Narr, für den Sie mich halten. Punkt. Jedemfalls abgemalt flügel als das Frauentzimmer, das Sie mir auf die Nase setzen.“ Punkt. Vor meiner Schwägerin Richtiga Nisch - Gedrags beste Grüße, wir treffen uns später mal. Lieber Zug. Punkt. Ihre Disziplinierung oder Geliebte können Sie wieder in Empfang nehmen. Sie liegt, wenn auch augenblicklich nicht transportfähig, hier im Krankenhaus an der Mar. Straß. Punkt. Punkt. Schluss.“

Der Konjunkt ließ das Telegramm sinken. „Was bedeutet das, Herr Doktor?“ fragte er überläufig. „Baldschin ist -“

„Durch die Tappan gegangen - wie Sie sehen.“

„Großer Gott!“ röhnte Draaga-Draghans gequält auf. „Diese Nachricht nehmen Sie mit bestem Gefühl auf? Und das Frauentzimmer? Hat man sie wenigstens festgenommen?“

„Man sollte sie festnehmen, lieber Herr Mittelmeister,“ erwiderte Zug sehr freundlich. „Berühren Sie, wir wollten, aber sie hat sich entzünden lassen.“

„Sie sprechen in Rätseln oder machen dumme Witze mit mir!“ sagte Draaga-Draghans ärgerlich. „Entschuldig lassen? Herr Doktor, ich verleihe wirklich nicht!“

„Dann bitte ich, von diesem Brief Kenntnis zu nehmen, den ein Dienstmann vor sechs Minuten abgegeben hat.“

Fortsetzung folgt.

Zug drehte sich unvermittelt zu seinen Blindern um.

„Entschuldigen Sie, wenn ich erst jetzt antworte. Aber ich wollte keine halbe Antwort geben. Ich glaube, Ihre Frage bedingt belassen zu können, Herr Konjunkt. Baldschin hat nachrichtlich bereits, und wenn meine Rechnung stimmt, beziehungsweise wir ein wenig Glück haben, lassen wir Ihre Freue von Blindler resp. Frau Baldschin geborene Herlinger in einigen Stunden.“

„Donnerwetter!“ rief Draaga-Draghans aus, „das wäre eine Sache.“

„Ich bewundere Sie,“ sagte Weinberg mit einem tiefen Blick.

„Seine Proben von der Zeit,“ meinte Zug lachend, „ich sage, wenn meine Rechnung stimmt, Ihre Frage, Herr Mittelmeister. Sie können bestimmen, die Frau in einem Augenblick nach Frau Balda abgebenen Zugestehen zu haben.“

„Ich möchte diese Bestimmung beinahe eitellich betrachten.“

„Schön. Der Zug nach Fulda fährt nach Sieben um 8 Uhr 7 Minuten an und kommt in Fulda um 10 Uhr 45 Min. an. Dort hat er um 11 Uhr 20 Minuten Anbruch an 'en Berliner Schnellzug, der gegen 1/2 Uhr hier in Frankfurt ankommt.“

„Es besteht immerhin die Möglichkeit, ich möchte mit der Gewissheit rechnen, dass Frau Baldschin diesen Zug benutzt, um über Frankfurt nach München zu fahren, wo ihr Mann auf sie wartet.“

„Er dürfte inzwischen, wie ich stark hoffe, von der Münchener Kriminalpolizei festgenommen worden sein.“

„Sorge tragen, dass seiner Gattin in Frankfurt ein ähnlicher Empfang bereitet wird.“

„So wollen Sie Frau Baldschin im Zuge bei ihrer Ankunft in Frankfurt arrestieren lassen?“

„Dannoch, das will ich. Sie ist einer Anzahl Beamten des hiesigen Ermittlungsdiens persönlich bekannt, und ich werde sofort das Nötige veranlassen.“

„Das wäre ein Glück, wenn wir die Frau hier ermitteln würden!“ rief Draaga-Draghans aus. „Wie gut, Herr Konjunkt,“ sagte er mit etwas gedämpfter Stimme hinzu, „dass Sie mich sofort mit Herrn Dr. Zug bekannt gemacht haben.“

„Zug überbrachte das Kompliment. Wollen Sie mir jetzt bitte noch eine eingehende Beschreibung der Frau geben? Herr allem interessiert mich ihre Kleidung. Das Weitere ist dann Sache der Kriminalpolizei.“

„Dann können wir nach dem Ausgange des Münchener Nachtzugs“ erkundigte sich der Konjunkt.

„Zug überlegte einen Augenblick. „Nicht ist's 11 Uhr. Vielleicht bemerken Sie sich gegen 2 Uhr nochmals zu mir.“

Das Schicksal einer Kriegsfirma.

Die Firma G. Hermann in Jolma war eine der wenigen Firmen, die Mats zu Popprodukten (Stärke) verarbeitet. Die härteste Störung war der Firma das bekannte Majajna-Unternehmen, das mit amerikanischem Kapital arbeitete und viel fröhlicher war.

Hanna Mai Werner Heinemann Verlobte 14. August 1932

Karl Krebs u. Frau Johanna geb. Roehm 17. August 1932

Beate Riedel in stillem Gedenken 18. August 1932

Karl Krebs u. Frau Johanna geb. Roehm 17. August 1932

G. Eckmann

Wilhelm Block Hausmeister

Wilhelm Eisefeld

Wilhelm Eisefeld

Wilhelm Eisefeld

Wilhelm Eisefeld

Statt Karten. Am 13. d. M. verschied unerwartet, während seines Erholungsurlaubes in Wilhelmsruh, ein glückliches, mein lieber, herzergutem Mann, meines Kindes transparenz der Vater, im 37. Lebensjahre.

Wilhelm Eisefeld

Wilhelm Eisefeld

Zurück Dr. Petzhold

Zurück Dr. med. Mehnke

Sie war dick heutzutage ist tanzen und schwimmen! Die Linie der Jugend

Zurück Dr. Petzhold

Zurück Dr. med. Mehnke

Auch bei 40° Hitze in der Nordsee

Neues vom Tage

Piccard geflartet.

Professor Piccard ist am Donnerstag früh um 5.07 Uhr vom Brückhof Angelpfad Dübendorf zu seinem zweiten Stratosphärenflug geflartet. Der Start, bei dem Piccards Familie zugegen war, ging glatt vonstatten. Gegen 6.30 Uhr befand sich der Ballon in einer Höhe von etwa 10 000 Metern. Um 7.30 Uhr wurde der Ballon in der Nähe von Gruz gestiftet.

Richtung Tirol.

Nachdem Piccards Ballon Gruz überflogen hatte, wandte er sich nach Norden. Um 8.05 Uhr wurde der Ballon über der Stadt Sevelen am Rhein gegenüber Vaduz (Liechtenstein) gestiftet. Von dort aus schlug er die Richtung nach Tirol ein. Die Verfolgung des Ballons in den Alpenländern war wegen Nebels sehr schwierig.

Die Nacht vor dem Start.

Mittwochabend zeigte es sich, daß es dieses Mal mit dem Aufstieg Piccards ernst wird. Die Nacht wird feucht. Die Wiesen sind naß. Die Ballonhülle hat man zum Schutz gegen die Feuchtigkeit rechtzeitig angebracht. Sonst würde die Feuchtigkeit sie so schwer machen, daß Piccard unter Umständen mit zu wenig Ballast aufsteigen könnte. Das konnte zu schwerwiegenden Folgen führen, wenn in der Stunde der letzten Ballast sich plötzlich verflüchtigen würde. Gegen 20 Uhr wurde die Gondel herbeigebracht. Um 22 Uhr war man immer noch damit beschäftigt, das Zerknüllene Windel und Zerknüll in Ordnung zu bringen. Piccard kümmerte sich um alle Einzelheiten. Am Abend ist auch Frau Piccard angekommen, die häufig bei ihrem Mann ist. Ehemänner erwiderten die Fortsetzung der Arbeiten in der Nacht. Man rechnet mit dem Start Piccards im Laufe des Mittwochs.

Stegmayer v. Haussegger 60 Jahre alt.



Der bekannte Komponist und Dirigent Professor Dr. Stegmayer v. Haussegger, Präsident der Münchener Akademie der Tonkunst und 1. Vorsitzender des Allgemeinen deutschen Musikvereins, vollendete das 60. Lebensjahr.

Überall Unwetter.

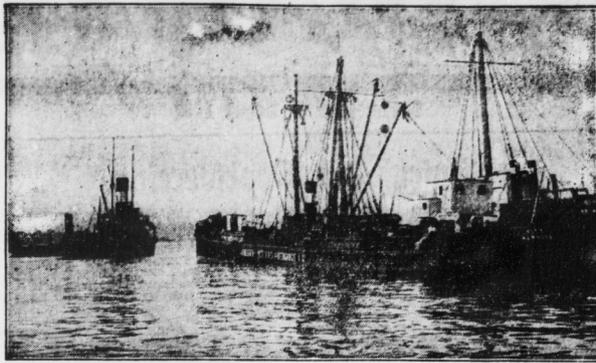
Man fürchtet für die Ernte.

Über weite Teile des Reiches und der Nachbargebiete gehen schwere Unwetter nieder. In der holländischen Provinz Friesland sind durch einen Hagelsturm 2/3 der Ernte vernichtet, und 8 Personen getötet worden. Sturmfluten überziehen das Ostfriesländer Gebiet. Auf der Weichsel bei Marienwerder wurde ein mit 9 Personen besetztes Boot vom Eis getroffen, 4 Insassen wurden getötet, die übrigen sind erheblich verletzt.

Durch Unwetter und Hagelsturm im Rheinland sind laut „Zülfeld. Nachr.“ 10 Personen innerhalb zwei Tagen ertrunken worden. Man fürchtet für die Ernte.

Im Kanal bei Orkan zweiter Sturm. Die Schiffe laufen in den Säfen nicht aus. Die auf See befindlichen Dampfer haben beschwerliche Säfen zu erwidern, da man eine Springflut befürchtet. Eine holländische Fischerflotte mit 49 Booten und 75 Insassen wird vermisst.

Bergungsarbeiten am Wrack der „Niobe“ im Kieler Hafen.



Der Bergungsdampfer „Gies“ (rechts im Bilde), unter dem an sieben mächtigem Stahlfloßen, wenige Meter unter der Oberfläche, das verunglückte Schiffsstück hängt. Das Wrack der „Niobe“, das von einem Bergungsdampfer unter Wasser nach dem Kieler Hafen geschleppt wurde, wird dort in tieferer Arbeit Zentimeter um Zentimeter gehoben.

Die verzögerte Bergung der „Niobe“

Die Marineleitung in Kiel teilt mit: Der Schiffsheizer der „Niobe“ ist jetzt an 11 Meter Tiefe gehoben. Wegen der ungünstigen Verhältnisse wird die Hebung noch einige Tage dauern.

Die Hebearbeiten an der „Niobe“ werden augenblicklich vom Wetter sehr begünstigt. Bei fast völliger Windstille herrscht glatte See. Da es sich herausgestellt hat, daß die der Riggelträger Spitze vorgelagerte Sandbank einen feinen Schlamm zur Fahrbahn hat, auf der das Wrack nicht heraufgebracht werden kann, so ist das ganze Hebegebiet — bestehend aus den durch Lucretträger verbundenen Hebeöffnungen „Wille“ und „Krahl“, die mit je fünf armbündigen Stahlfloßen der Schiffsheizer der „Niobe“ zwischen sich tragen — in der vergangenen Nacht weiter in die Fahrbahn verpöht worden. Das Hebegebiet wird zur Zeit weiter in die Seitenboiler Wrack hineingeschleppt, wo der Meeresspiegel rascher ansteigt. Allerdings muß dabei die notwendige Beschaffenheit des Bodens in Kauf genommen werden.

Die Arbeiten gehen so vor sich, daß die beiden Bergelichter voll Wasser gelassen werden, damit die Hebetroffen fester angesetzt werden. Darauf werden die Lichter wieder leer gepumpt. Sobald die „Niobe“ dadurch etwas angehoben ist, und sich in schwimmendem Zustand befindet, wird der Schlepper „Simon“, dessen Anker in dem Bremer Schlepper „Capella“ tiefer in die Seitenboiler Wrack hineingeschleppt wird, das ganze System näher zum Lande ziehen. Die „Niobe“ liegt gegenwärtig in etwa 8 Meter Wassertiefe. Von Bord der Bergungsschiffe sieht man zwischen den Hebeöffnungen „Wille“ und „Krahl“ einen hellen Schimmer im Wasser. Das dunklere Wasser zeigt eine gedehnte Kränzelung der Wellen. Luftballons steigen auf und in der Mitte kommen auch Ringelblumen an die Oberfläche. Mittwoch früh gegen 7 Uhr war der Klüverbaum der „Niobe“ kurze Zeit sichtbar. Gleich darauf sank das Wrack aber wieder in den Bodenschlamm ein.

Selbstmord eines Sparassendirektors.

Er gab sich selbst Kredit.

Der bisherige Leiter der Spar- und Leihkasse in Hörnerkirchen, der 36jährige Sohn des Amtsvorsetzers Wulf, hat sich nach einer Meldung aus Kiel erschossen. Der Selbstmord wurde unmittelbar nach der Übernahme der Kasse durch die Finanzbehörde Kreisparkeffe verübt. Der Demagruß des Selbstmörders soll in leidenschaftlicher Kreditgewährung zu finden sein. Wulf soll allein in drei Fällen Kredite in Höhe von 1 1/2 Millionen gewährt haben, ohne das Sicherheiten dafür vorhanden waren.

Auch sich selbst hatte er einen Kredit von 80 000 Mark eingeräumt. Nach einer anderen Meldung sind bei einer plötzlichen vor-

genommenen Revision durch die Girozentrale in Kiel Unregelmäßigkeiten entdeckt worden. Auch nach dieser Meldung handelt es sich um Kreditgewährungen ohne genügende Sicherheiten.

Der Gerichtsvollzieher mit dem falschen Bart.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand am Mittwoch die Verhandlung gegen den Gerichtsvollzieher Brehm, den Hausverwalter Sternberg und den ehemaligen Justizamteiler Sager statt, die sich im Jahre 1928 ein tolles Stück geleistet haben.

Der Hauswirt des Hauses, in dem Sternberg und Brehm wohnten, ein Architekt Schmöller, hatte den leiblichen Bursch, gerichtsvollzieher Sager, zu werden, und hatte sich an Sternberg gemeldet mit der Bitte, ihm durch seine Beziehungen bei der Verreichung dieses Stückes beistehend zu sein. Sternberg setzte sich nun mit dem Gerichtsvollzieher Brehm in Verbindung. Brehm veranlaßte den ihm bekannten ehemaligen Justizamteiler Sager gegen Zahlung von 100 RM, ihm die notwendigen Urkunden zur Bekleidung gerichtlicher Sachverhandlungen zu beschaffen, was Sager auch prompt erledigte. Schmöller bekam nun eine schöne Bekleidungsanfrage, zusammen mit einem Begleiterschreiben des Kammergerichts, das die Unterfertigung des Kammergerichtspräsidenten trägt.

Dies genügt Schmöller jedoch nicht, denn er wollte auch persönlich vor Gericht verurteilt werden. Auch dieser Wunsch wurde ihm erfüllt. Er erhielt eine gefälschte Vorladung zur Abnahme des Eides, und als er im Kammergericht erschien, war in einem leeren Saal der Sitzungssaal bereits alles vorbereitet. Brehm nahm, mit einem falschen Bart ausgestattet, als „Richter X.“ die Verurteilung Schmöllers zum gerichtlichen Sachverhandlungen vor. Nach einiger Zeit fiel Schmöller jedoch ein, daß die Bekleidungsanfrage keine Angabe darüber enthielt, wofür er eigentlich Sachverhandlungen war, und dadurch kam die ganze Sache aus dem Gängelband. Das Gericht verurteilte den Gerichtsvollzieher Brehm zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und den Anwalt Sager zu acht Monaten Gefängnis, während Sternberg wegen Mangel an Beweisen freigesprochen wurde.

Kampftiere brechen aus.

Ein schweres Gewitter, begleitet von Hagelregen, entlud sich nach einer Meldung aus Madrid über verschiedene spanische Provinzen. Bei Villa Rota wurde die Umzäunung eines Weideplatzes, auf dem sich sechs für den nächsten Tierkampf bestimmte Stiere befanden, vom Sturm umgerissen, so daß die Tiere entweichen konnten. Die wütenden Stiere rissen in die Stadt und töteten auf ihrem Weg allein ein Einwohner, während fünf andere, die sich ebenfalls nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, schwere Verletzungen erlitten.

Tierquälerei als Raubtier.

In der vergangenen Nacht drang ein Mann in die Stallungen des Bauernwirtes Knapp in Kiebitz (Schlesien) ein und brachte einem dort untergebrachten Schwein erhebliche Verletzungen bei. Er schnitt dem behaarten Schwein die Schwanzwurzel ab und verletzete es durch eine 20 Zentimeter lange Schnittwunde von drei bis vier Zentimeter Tiefe im Rücken. Am Morgen fand man das hilflose Tier im Blute liegend noch lebend auf. Ein Polizeiwagen verlor die Spur des Täters über die Heber zum Dorf.

Dort wurden in der Wohnung eines Mannes, in die die Spur führte, ein Paar Stühle beschlagnahmt, die genau in die hinterlassenen Abdrücke der Fußspuren paßten. Wenn auch der Tat Beschäftigte bisher noch leugnet, glaubt man doch, ihn überführen zu können. Es handelt sich offenbar um einen Raubtier.

Reis oder Hochsepter?

Während die österreichische Gesellschaft auf den Seereis nach Paris, daß der in Paris ermordete englische Prinz von Bourbon allem Anschein nach ein Hochsepter war, hält es die Pariser Presse immer noch für möglich, daß man es mit dem unehelichen Sohn hochgehehrter Eltern zu tun hat. Der Verstorbenen behält einen Sohn der vom spanischen Konsulat in Genoa ausgesandt ist und tatsächlich auf den Namen Edgar von Bourbon lautet.

Jimmy Schob auch Alkohol.

Wie der „Berat“ aus New York meldet, ist gegen den schwerbeschäftigten Oberbürgermeister Jimmy Walker nunmehr auch ein Verbot erlassen worden. Walker hatte fälschlicherweise Käufer im Keller seiner Amtswohnung, in denen Prohibitionsbeamte keinen Alkohol feststellen konnten. Walker soll, um nicht man, an Inbegriff mit dem Eigentümer des Alkoholschmuggels in direkter Verbindung gestanden und am Gewinne beteiligt gewesen sein.

Schießen rüdt Tonfilmmaßnahmen.

Filmgesellschaft gegen Schützengilde.

Die Ufa Berlin hatte längere Zeit hindurch an die Romawerke Schützengilde Gebührengelöst. Die Ufa hat nunmehr an den Tagen, an denen die Ufa Tonfilmmaßnahmen machte, den Schießbetrieb eingestellt. Jetzt hat die Ufa die Zahlung der „Ablosungsbeiträge“ eingestellt. Daran ist ein Streit entstanden, der wahrscheinlich die Ufa beunruhigt. Die Ufa hat die Schützengilde der Romawerke Gebührengelöst. Die Ufa hat nunmehr an den Tagen, an denen die Ufa Tonfilmmaßnahmen machte, den Schießbetrieb eingestellt. Jetzt hat die Ufa die Zahlung der „Ablosungsbeiträge“ eingestellt. Daran ist ein Streit entstanden, der wahrscheinlich die Ufa beunruhigt. Die Ufa hat die Schützengilde der Romawerke Gebührengelöst. Die Ufa hat nunmehr an den Tagen, an denen die Ufa Tonfilmmaßnahmen machte, den Schießbetrieb eingestellt. Jetzt hat die Ufa die Zahlung der „Ablosungsbeiträge“ eingestellt. Daran ist ein Streit entstanden, der wahrscheinlich die Ufa beunruhigt.

Die Romawerke Gilde beruft sich dagegen auf ihren polizeilich konfiszieren Schießbetrieb und auf die Tatsache, daß sie viel länger in der Wegeung anständig ist, als der Filmbetrieb der Ufa.

Wie man deutsche Kurgäste behandelt

Ein junger Kaufmann aus Köln, der in dem beliebigen Seebad Blankenberge seinen Urlaub verbringen wollte, badete in Unkenntnis der hiesigen belgischen Bestimmungen nur mit einer Badehose, also nicht mit dem vorgeschriebenen Badeanzug bekleidet in der Nordsee. Er wurde von einem Kriminalbeamten so wie er nach Zedernberge überführt, wo er die Nacht im Polizeigewahrsam verbringen mußte.

Am nächsten Tage brachte man ihn gefesselt (!) nach Blankenberge ins Untersuchungsgefängnis. Erst am dritten Tage wurde er wegen Hinterlegung einer Sicherheitsfreigabe.

Ein französisches Schneefloß gesunken.

Ein Schneefloß der Compagnie Generale Aero Navale, das den Dienst zwischen Natal und Dakar versieht und am Sonntag dort einlaufen sollte, ist nach einer in Paris eingetroffenen Meldung in einem heftigen Sturm untergegangen. Die Besatzung, die sich aus dem Kapitän und 21 Mann zusammensetzte, soll den Tod in den Wellen gefunden haben.

Wenn eingeschworene Raucher

anderer Marken auf die Oberst-Format, Oberst-Qualität
se warum, denn Oberst-Format, Oberst-Qualität
und Oberst-Soldaten-Bilder gibt es nur einmal.

3 1/3

WALDORF-ASTORIA G.M.B.H.



Der Reichsverband der deutschen Industrie zur Arbeitsbeschaffung.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigt sich am 17. August mit der Vorber. Dr. Schupp von Bonn und Prof. Dr. mit wirtschaftlichen Lage und nahm u. a. auf Grund eines Vortrages des Generaldirektors Dr. Bierhoff zu der Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung.

Vertiefung der Profittabelle des Allgemeinen Konsumvereins von Halle und Umgegend.

Heute mittag fand ein Geschäftsfeld die Zwangsverteilung der Grundstücke des in Kontanz gelegenen Allgemeinen Konsumvereins von Halle und Umgegend, Kamburger Straße 13-15, Hart. G. handelt sich um die Profittabelle, Heftzahl und große Zersäuerung. Die Grundstücke haben einen Einheitswert von 400.000 RM. Die Restschulden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die den Grundbesitz einer Zersäuerungspolizei von 300.000 Reichsmark betrug, hat das erste Angebot mit 190.000 RM. ab. Das noch andere Angebote folgen, ist nicht wahrscheinlich. Bei Reaktionsfähigkeit kann allerdings der Termin noch offen.

Die Deutschen-Beisenfabriken Braunkohlens. H. S. Halle, hat vorerhalten Stillelegungsantrag für die im Geschäft gelegene Grube Cecilie bei Tiefendorf gestellt.

Die Deutschen-Beisenfabriken Braunkohlens. H. S. Halle, hat vorerhalten Stillelegungsantrag für die im Geschäft gelegene Grube Cecilie bei Tiefendorf gestellt. Die Stillelegung wird voraussichtlich Ende August oder Anfang September erfolgen. Man hofft jedoch, daß sich der Braunkohlenschiefer infolge des bald einsetzenden Wintergeschäftes heben wird, so daß es sich voraussichtlich um eine vorübergehende Maßnahme handelt, die nicht als dauernd zu betrachten ist. Zur Entlastung kommen ungefähr 300 bis 400 Arbeiter in Betracht.

Berlin, 17. Aug. Prof. Pfeifferstellung für Zeit. Tendenz: Steigt.

Table with 4 columns: Tag, Preis, Febr., Preis. Rows include Sept. 20.25, Okt. 20.75, Nov. 21.25, Dez. 21.75, Jan. 22.25, Feb. 22.75, März 23.25, April 23.75, Mai 24.25, Juni 24.75, Juli 25.25, August 25.75.

Berlin, 18. Aug. Elektroaktien 51.25.

Table with 3 columns: Abholung, Preis, Hamb.-Süd. Rows include Abholung 1-3, Hamb.-Süd, Daimler-Benz, etc.

23 Millionen für die Magdeburger Zinkfellektrolyt?

Die seit einiger Zeit geführten Vorbereitungen zwischen der Bergwerks-Gesellschaft Georg u. Wilhelm Erben in Breslau und dem Finanzministerium des Reiches der Zinkfellektrolyt in Magdeburg mit Hilfe einer größeren Kreditgewährung des Reiches sind in ein entscheidendes Stadium getreten. Vor wenigen Tagen ist wieder mit dem Reichsamt der Zinkfellektrolyt, die zur Durchführung des Magdeburger Projektes notwendigen Kredite zu gewähren. Nach Ansicht der Geisler-Gesellschaft werden neben der Summe, die der Gesellschaft selbst für den Bau zur Verfügung steht, noch rund 23 Millionen RM. benötigt. Wie weit hofft die Geisler-Gesellschaft um so mehr auf eine Bereitwilligkeit der Regierung bei der Durchführung des Projektes, als vor wenigen Jahren bei von der Regierung beizugehender ansehnlicher großer Erwerb der Unterstützung der Gesellschaft nach der Auseinandersetzung des Unternehmens durch die Aufteilung Oberöstereichs an Polen nicht benutzt wurde.

Die Kreditbereitschaft des Reiches ist vor allem die Frage der Beschaffung der Arbeitslosen von Bedeutung. Allerdings besteht nicht die Absicht, das ganze Projekt in das Arbeitsbeschaffungsprogramm mit einzufassen.

Reichsbörse vom 18. August

Table with 2 columns: Allgemein, Deutsche Credit-Bank, etc. and their respective values.

Berliner amtliche Zinskurve vom 17. August.

Table with 2 columns: 1 Dollar, 1000 Reichsmark, etc. and their respective interest rates.

Berlin, 17. Aug. Zundermarkt. Preise für Zundermarkt.

Table with 2 columns: August, September, Oktober, etc. and their respective prices for Zundermarkt.

Vorkurse der Berliner Börse vom 18. August.

Table with 2 columns: Daimler-Benz, Dtsch.-Allianz, Deutsche Asphalt, etc. and their respective values.

Get gehalten.

Berlin, 18. August. Die Börse eröffnete in gut gehobener Stimmung.

Kurzzeitige der holländischen Hausfrau.

Table with 2 columns: Zeitungspreise, etc. and their respective prices.

Berliner Produktivität vom 17. August.

Table with 2 columns: August, September, Oktober, etc. and their respective productivity values.

Berliner Produktivitätsbericht vom 18. August.

Table with 2 columns: August, September, Oktober, etc. and their respective productivity values.

Wallersteinsche + bezieht über - unter Juli.

Table with 2 columns: Wallersteinsche, etc. and their respective values.

Berliner Börse Reichsbankdiskont 5% vom 17. August.

Large table with multiple columns: Deutsche Aktien, Industrie-Aktien, etc. and their respective values.

Large table with multiple columns: Saline Salzungen, Sauerberg Masch., etc. and their respective values.

